

08.10.2009

Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses

Martin Börschel MdL

Einladung

55. Sitzung (öffentlich)
des Unterausschusses „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses

am Dienstag, dem 27. Oktober 2009

nachmittags, 14.30 Uhr, Raum E 3 A 02

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Gemäß § 52 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags berufe ich den Ausschuss ein und setze folgende Tagesordnung fest:

Tagesordnung

- 1. Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Fonds für eine Inanspruchnahme des Landes Nordrhein-Westfalen aus der im Zusammenhang mit der Risikoabschirmung zugunsten der WestLB AG erklärten Garantie (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2009)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/9380, 14/9510 (1. Ergänzung) und 14/9910 (2. Ergänzung)

- Abstimmung und Abgabe eines Votums über den Personalhaushalt
an den Haushalts- und Finanzausschuss

- bitte wenden -

2. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/9700

- Haushaltsgesetz
- Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung
- Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Einzelplan 11 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Einzelplan 15 - Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration

3. Vorstellung des Projektes PersNRW durch das Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

4. Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes (LRKG), der Trennungsentschädigungsverordnung (TEVO) sowie zur Verlängerung der Befristung des Landesumzugskostengesetzes (LUKG)

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/9739

5. Krankenstand in der Landesverwaltung NRW

- Bericht der Landesregierung

6. Gestaltung des Auswahlverfahrens für die Einstellung in den gehobenen Polizeivollzugsdienst des Landes NRW zum 01.09.2009

Vorlage 14/2858

7. Beamtenrechtliche Höchstaltersgrenze

- Bericht der Landesregierung

8. Erstmalige Aufnahme der Bezügezahlung in der Landesverwaltung NRW

- Bericht der Landesregierung

9. Verschiedenes

gez. Martin Börschel
- Vorsitzender -

F.d.R

Eva Kiwitt
Gutachterdienst Haushalts- und Finanzrecht